

Interpellation

der Fraktionen der CDU/CSU, FDP, DP, BP

betr. Verfassungswidrige Volksabstimmung.

Am 14. April 1951 ist in Essen ein „Zentraler Ausschuß für die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung“ gebildet worden, der offensichtlich im Auftrage der SED und sowjetzonalen Stellen mit dem Ziele der Zersetzung der Demokratie eine verfassungswidrige Volksabstimmung im Bundesgebiet organisieren soll. Diese „Volksbefragung gegen die Remilitarisierung“ soll fraglos als der massivste Angriff des Jahres 1951 aus der Sowjetzone gegen die demokratischen Organe in der Bundesrepublik gestartet werden.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Ist der Bundesregierung bekannt, daß rund 100 Rechtsanwälte aus dem Bundesgebiet, die im Lager der KP stehen oder zu den Rückversicherern zu rechnen sind, eine Resolution über die Rechtmäßigkeit dieser Volksbefragung ausarbeiten und eine Flugblattaktion mit einer Auflage von mehr als 5 Millionen vorbereiten?
2. Was hat die Bundesregierung bisher zur Unterbindung dieser Aktionen getan und was gedenkt sie zu tun, um Ruhe, Sicherheit und Ordnung aufrecht zu erhalten und den Angriff auf die Demokratie abzuwehren?

Bonn, den 20. April 1951

Dr. von Brentano und Fraktion
Euler und Fraktion
Dr. Mühlendorf und Fraktion
Dr. Besold und Fraktion